

# Uni-Forschungszentrum wird 153 Millionen teurer als geplant

**Basler Biomedizin-Gebäude** Der Bau soll statt 2028 erst 2031 eröffnet werden. Wie beim Debakel ums Biozentrum wird der Steuerzahler auch diesmal für die Mehrkosten aufkommen müssen.

Leif Simonsen

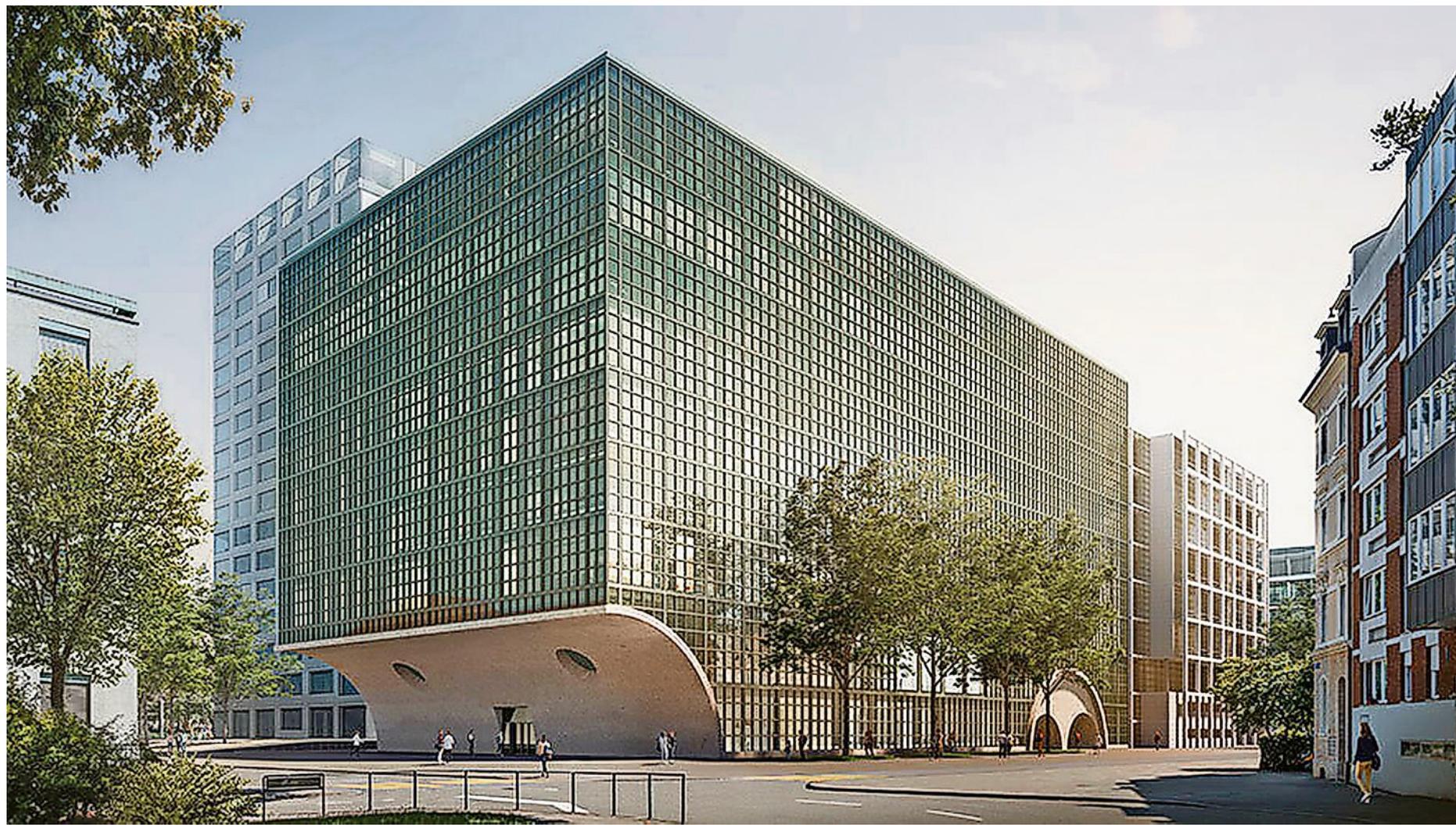
Noch ist im politischen Basel der Aufschrei nach dem Debakel ums Biozentrum nicht verhallt, da ertönt schon der nächste. Kurz vor dem Spatenstich für das Forschungsgebäude des Departements Biomedizin (DBM) haben die Regierungen der beiden Basel kommuniziert, dass die Kosten überschritten würden und der Bau mehr als doppelt so viel Zeit in Anspruch nehmen werde wie gedacht. Statt auf die ursprünglich geschätzten 212 Millionen Franken kommt das Gebäude auf 365 Millionen Franken zu stehen. Die Eröffnung erfolgt nicht wie geplant 2028, sondern 2031.

Diese Rechnung wurde von der Totalunternehmerin Implenia aufgestellt. Sie übernahm die Federführung, nachdem die Uni Basel dem Generalplanerteam um die siegreichen Architekten Caruso St John gekündigt hatte – unter anderem, weil eine Kostenüberschreitung drohte.

## «Es enthält die gleichen Fehler»

Nun ist klar: Die erhoffte Kostenreduktion wird nicht eintreten. Im Gegenteil. Mehrere Faktoren hätten dazu geführt, dass der Neubau über 150 Millionen Franken teurer werde als bei Planungsbeginn 2014 angenommen, heisst es in einer Medienmitteilung. Unter anderem schuld seien «die längere Ausführungsdauer, gestiegene Baupreise und die Teuerung».

Rolf Borner, Direktor Infrastruktur/Betrieb der Universität Basel, sagt, die Planung des DBM sei stark an diejenige des Biozentrums angelehnt worden. «Es enthält die gleichen Fehler.» Nicht einkalkuliert sei die technische Entwicklung gewesen, die zu einer anspruchsvollen Inbetriebsetzungsphase geführt habe. «Man hätte sich am internationalen Standard orientieren sollen – doch man verglich sich zu stark mit Bauprojekten in der



Ein skandalträchtiges Duo: Das im vergangenen Jahr eröffnete Biozentrum (im Hintergrund) und das Forschungszentrum Biomedizin. Visualisierung: PD

Region», sagt Borner. Und: «Die Universität Stanford hat ein ähnliches Gebäude, und das kostet mehr.»

Auch im Bericht der beiden Regierungen zum Antrag auf die Kreditsicherungsgarantie werden die Berechnungen aus dem Jahr 2014 kritisiert. Sie seien vom Mittelwert der Grobschätzung ausgegangen (251 Millionen Franken) statt vom Worst Case, in dem ein Gesamtpreis von 314 Millionen Franken kalkuliert worden war.

Aber anders als beim Biozentrum, bei dem die Öffentlichkeit erst nach der Fertigstellung über die Kostenüberschreitungen ins Bild gesetzt wurde, wollen die Re-

gierungen der beiden Basel die Parlamente früh mit einbeziehen. Sie beantragen Kreditsicherungsgarantien von je 76,5 Millionen Franken sowie zusätzliche drei Millionen Franken für die Rückbaukosten des alten Biozentrums.

Die Staatsrechnung im grossen Ausmass belasten werden die Mehrkosten für das Biomedizin-Zentrum deshalb vorerst nicht. Die Kreditsicherungsgarantie dient der Uni, zu besseren Konditionen an das benötigte Geld zu kommen. Borner sagt: «Kostenrelevant für die Kantone wird es erst 2031.» Die Rückzahlung der Kredite sowie die Betriebskosten beliefen sich ab diesem Zeitpunkt in den ersten zehn Jah-

ren auf rund 19,5 Millionen Franken jährlich – ursprünglich waren 8,4 Millionen Franken vorgesehen.

## Uni hat nicht genügend Eigenkapital

So oder so: Letztlich wird der Steuerzahler dafür aufkommen. In ihrem Bericht legen die Regierungen dar, dass «freies Eigenkapital der Universität Basel in der benötigten Grössenordnung» nicht vorhanden sei. Die Uni brauche «aus Risikosicht» eine minimale Ausstattung der eigenen Mittel, um auf Veränderungen während einer Leistungsperiode autonom reagieren zu können.

Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) betont auf Anfrage, man wolle die «sich aus dem Bauprojekt ergebenden Folgekosten, etwa für Abschreibungen, Unterhalt und Verzinsungen eines allfällig aufgenommenen Darlehens», wie immer im Globalbudget berücksichtigen.

Vorerst richten sich die Augen aber auf die politische Debatte zur Kreditsicherungsgarantie. Wie viel auf dem Spiel steht, stellt Rolf Borner klar. «Ein Nein der Parlamente hätte einen Stopp des Projekts zur Folge. Somit müsste das Departement für Biomedizin an den heutigen fünf Standorten bleiben. Das

wäre problematisch, denn die meisten dieser Gebäude haben ihre Lebensdauer erreicht», sagt er. Viele Arbeitsstunden wären umsonst gewesen, wenn jetzt die Handbremse gezogen würde. Insgesamt hat allein die Planung des DBM rund zwanzig Millionen Franken gekostet.

Immerhin, so scheint es, kann sich die Politik auf das neue Preisschild verlassen. Anders als bei der Grobschätzung liege heute ein detailliert ausgearbeitetes Bauprojekt vor, heisst es im Bericht der beiden Regierungen. Zudem habe man, was die Berechnungen eines Grossprojekts angehe, aus dem Debakel ums Biozentrum gelernt.